

Messeler Flapsch

Die Zeitung des
SPD-Ortsvereins
Messel

Ausgabe 19
Juni 2009

Soziales Europa, starkes Europa: Eine neue Richtung für die EU

Wählerinnen und Wähler stellen die Weichen
Am 7. Juni 2009 werden die Weichen für die Politik in der Europäischen Union neu gestellt. In den 27 EU-Mitgliedsstaaten sind rund 375 Millionen Bürgerinnen und Bürger zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgerufen. Sie entscheiden über die politische Zukunft Europas. Dabei stehen sie vor der Wahl: wollen sie ein marktradikales Europa, das weiter rücksichtslos auf Deregulierung und die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten setzt, oder ein soziales Europa, das sich den globalen Problemen des 21. Jahrhunderts stellt und die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt.

Für das Soziale Europa kämpfen

Wir Sozialdemokraten kämpfen für das Soziale Europa, denn nur ein soziales Europa ist ein starkes Europa. Wir wollen den EU-Binnenmarkt endlich mit ausreichenden sozialen Rechten flankieren. Dies ist bisher an der konservativ-liberalen Mehrheit im Europäischen Parlament und in der EU-Kommission gescheitert. Am 7. Juni kommt es deshalb auf jede Stimme an. Denn nur mit einer starken sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament wird es gelingen, der europäischen Politik einen neuen Kurs zu geben. Konkret fordern wir: faire Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedsstaaten; mehr Mitbestimmung in den europäischen Betrieben; und vor allem klare Regeln gegen Dumping beim grenzüberschreitenden Einsatz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wettbewerb muss sich durch Qualität und Ideen definieren und nicht durch die Ausbeutung der Beschäftigten. Um der Willkür des Marktes Grenzen zu setzen, müssen wir in Europa in Zukunft noch stärker an einem Strang ziehen.

Finanzmärkte regulieren

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns auch in Hessen schwer getroffen. Viele Menschen bangen um ihre Arbeitsplätze. Unternehmen wie Opel kämpfen um ihre Existenz. Millionen Beschäftigte müssen heute die Fehler profitgieriger Finanzjongleure ausbaden. Um solche Krisen künftig zu vermeiden, brauchen wir klare Regeln. Die Finanzmärkte müssen sich durch langfristige Sicherheit auszeichnen und sich wieder in den Dienst von Wachstum und Beschäftigung stellen. Anstatt an den

Finanzmärkten zu zocken, müssen die Banken ihren Job machen und Kredite für Investitionen vergeben. Wir wollen die Heuschrecken der Finanzbranche endlich an die Leine legen. Bei den Managervergütungen fordern wir das langfristige Wohl des Unternehmens und seiner Beschäftigten in den Mittelpunkt zu stellen.

Umwelt schützen, Wirtschaft fördern

Überschwemmungen machen keinen Halt vor Schlagbäumen. Der Klimawandel stellt eine globale Gefahr für das ökologische, soziale und wirtschaftliche Gleichgewicht dar. Die Verknappung von Öl, Gas und anderen Rohstoffen erfordert drastische Kursänderungen. Klimaschutz ist nicht nur eine ökologische Aufgabe, sondern ebenso eine wirtschaftliche und soziale Herausforderung. Deshalb müssen wir auf umweltfreundliche Technologien setzen und den Anteil erneuerbarer Energien deutlich steigern. Gebäudedämmung, sparsamere Motoren oder Solaranlagen schonen nicht nur die Umwelt, sondern schaffen auch Jobs. Wer jedoch glaubt, die Probleme unserer Zeit im nationalen Alleingang lösen zu können, ist auf dem Holzweg. Nur ein starkes Europa, das gemeinsam handelt, kann unsere Welt für künftige Generationen erhalten.

Udo Bullmann MdEP

Für uns im Europäischen Parlament

Udo Bullmann ist seit 1975 Mitglied der SPD und gehört der Gewerkschaft ver.di an. Der Politikwissenschaftler wurde 1999 zum ersten Mal ins Europäische Parlament gewählt. Dort arbeitet er in den Ausschüssen Wirtschaft und Währung sowie Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten. Seit 2003 ist er stellvertretender Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten. Udo Bullmann ist verheiratet und hat zwei Kinder. Für die Arbeit im Rahmen seines Mandats pendelt er regelmäßig zwischen den Sitzen des Europäischen Parlaments in Straßburg und Brüssel, seinem Wahlkreisbüro in Frankfurt und seiner Heimatstadt Gießen. Sein Wahlkreis reicht vom Vogelsberg bis zur Bergstraße und umfasst 15 Bundestagswahlkreise mit rund vier Millionen Einwohnern.

Weiterer Inhalt:

- Europawahl: Warum wählen gehen
- Neues Baugebiet „Ost 3“
- SPD-Vereinsausflug
- Neuer Vorsitzender des SPD-Ortsvereins



Europawahl 2009: Warum wählen gehen?

Am 7. Juni 2009 wird das Europäische Parlament für fünf Jahre neu gewählt. Es ist die siebte Wahl seit 1979. Das Europa-Parlament, dessen Sitz sich in Straßburg befindet, hat drei Arbeitsorte: Straßburg, Brüssel und Luxemburg. Das hat historische Gründe: Hauptsächlich in diesen drei Städten ließen sich die europäischen Institutionen nach ihrer Gründung nieder. Das Europäische Parlament besitzt – wie jedes nationale Parlament - drei zentrale Rechte, nämlich Gesetzgebungs-, Haushalts- und Kontrollrechte. Es verabschiedet gemeinsam mit dem Europäischen Rat / Ministerrat die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Gesetze. Der Rat besteht aus den Staats- und Regierungschefs und der Ministerrat aus den (Fach-)Ministern der Mitgliedsstaaten. Die Kommission hat das Initiativrecht für die gemeinschaftliche Gesetzgebung und ist zuständig für die Durchführung der gemeinsamen europäischen Politiken und die Ausführung des Haushaltsplans. Sie ist gewissermaßen die europäische "Regierung". So weit so gut.....

....Oder auch nicht? Unter dem Vorsitz des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing wurde von einem Verfassungskonvent eine Verfassung für Europa ausgearbeitet. Der Entwurf wurde im Juli 2004 von einer Regierungskonferenz der damals 25 Mitgliedsstaaten angenommen. Die Verfassung (juristisch handelt es sich um einen Verfassungsvertrag) muss, um in Kraft treten zu können, von allen Mitgliedsländern ratifiziert werden. Daran hapert's bis heute. Obwohl in den meisten Ländern die Ratifizierung abgeschlossen ist, sind einige trotz der "Entschärfung" des Vertragstextes (Verwässerung wäre zutreffender) noch außen vor. Was gefällt diesen Staaten nicht? Aus den Begründungen und Stellungnahmen lässt sich ein kurzer Nenner bilden: die teilweise Aufgabe ihrer staatlichen Souveränität. Auch in Deutschland ist eine Handvoll Rückwärtsgewandter vor das Bundesverfassungsgericht gezogen, um die Ratifizierung des Vertrages durch den Deutschen Bundestag anzufechten. Besonders diesen Leuten sei ein Blick in die Geschichtsbücher empfohlen, um sich an die Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts zu erinnern. Was war das ein Gezerre, bis man endlich im Jahr 1871 aus einem Flickenteppich von etwa 40 (mehr oder weniger) souveränen Einzelstaaten die deutsche Einheit hinbekam (auch wenn dieser Staat noch eine kaiserliche Monarchie war, was sich 47 Jahre später änderte). Ein Vergleich des damaligen deutschen Einigungsprozesses mit dem jetzigen europäischen Einigungsprozess ist naheliegend und zulässig. Beide Prozesse zeigen zudem, dass es ohne die Aufgabe von Souveränitätsrechten nicht geht. Wie bei allen Zusammenschlüssen hat der gemeinschaftliche Wille Vorrang vor dem Willen des Einzelnen (auch wenn's diesem manchmal nicht passt).

Wozu braucht die Europäische Union eigentlich eine Verfassung oder (je nach Gemütsverfassung) einen Verfassungsvertrag oder einen Reformvertrag? Gegründet wurde die Gemeinschaft 1957 von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Erweiterungen erfolgten in den Jahren 1973, 1981, 1986, 1995 und 2004. Aktuell gehören der Union 27 Staaten an, weitere drängen hinein. Es liegt auf der Hand, dass Strukturen, Institutionen und Entscheidungsprozesse mit der

wachsenden Anzahl der Mitglieder Schritt halten und deshalb reformiert werden müssen, wenn die Gemeinschaft regierbar bleiben soll. Natürlich wurden im Laufe der Jahrzehnte immer wieder Reformen vorgenommen, meistens nach zähem Ringen und mit (manchmal faulen) Kompromissen. Die nun vorliegende Verfassung soll (oder muss man sagen sollte?) ein großer Schritt in Richtung notwendiger Strukturveränderungen mit höherer Effizienz der Entscheidungsfindung sein. Drei Beispiele: Die Europäische Union soll einen über längere Zeit amtierenden Präsidenten erhalten, der die zur Zeit halbjährlich unter den einzelnen Mitgliedsländern wechselnde Präsidentschaft ablöst.

An die Stelle eines Außenbeauftragten mit dem sperrigen Titel "Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" soll ein Außenminister treten.

Die geltende Erfordernis der Einstimmigkeit von Beschlüssen soll modifiziert werden. An diesen und anderen Inhalten des Verfassungsvertrages wird von einer Reihe von Mitgliedsländern herumgemäkelt, was zum Teil schon zu Änderungen des Textes geführt hat und möglicherweise zu weiteren Änderungen führen wird. Das ist ärgerlich, aber wir haben es gegenwärtig mit der Hoffnung auf Einsicht so hinzunehmen wie es sich darstellt.

Eines dürfen wir nicht: Die europäische Einigung mit der Vision eines europäischen Bundesstaates aufgeben (auch den Euro nicht, obwohl ihn manche immer noch nicht mögen). In einer globalisierten Welt können wir alleine als Nationalstaat auf Dauer nicht bestehen. Das macht uns die gegenwärtige weltweite Wirtschaftskrise einmal mehr deutlich. Und wir dürfen trotz Wirtschaftskrise die Herausforderungen der sich abzeichnenden Klimaveränderung nicht vergessen. Diesen können wir uns nur weltweit stellen.

Am 7. Juni haben wir Gelegenheit, ein Bekenntnis zu Europa abzulegen, indem wir unsere Stimme abgeben. In den 27 Mitgliedsstaaten werden insgesamt 785 Abgeordnete in das Europäische Parlament gewählt, davon 99 aus Deutschland. Die Europawahl ist nicht minder wichtig als die Bundestagswahl, denn mehr als 60 Prozent der Bundesgesetze haben ihren Ursprung in Vorgaben der EU.

DESHALB wählen gehen. Bitte wählen Sie die SPD. Der vorangehende Beitrag des SPD-Europa-Abgeordneten und SPD-Kandidaten für die anstehende Wahl, Udo Bullmann, informiert Sie über seine Person und die für Europa angestrebten Ziele.

Bruno Vock

Neues Baugebiet „Ost 3“

Um allen Einwohnern eine Übersicht über das geplante Baugebiet zu geben, ist der vorläufige Lageplan unten abgebildet. Die Gemeinde beabsichtigt, für das im Lageplan gekennzeichnete Gebiet einen Bebauungsplan auf-

zustellen. Es sind Ein- und Zweifamilienhäuser, Doppelhäuser und eventuell auch Haus-

Fortsetzung nächste Seite



So könnte es werden: Der aktuelle Vorentwurf zum Neubaugebiet „Ost 3“. Änderungen sind aber im Rahmen der Detailplanung durchaus noch möglich.

Fortsetzung von der vorherigen Seite:

gruppen geplant. Das Plangebiet umfasst ca. 45.000 qm, davon sollen nach Abzug von Straßen, Spielplätzen etc. ca. 21.000 qm Bauland verbleiben.

Hierzu wurde mit der HSE, einer Tochtergesellschaft der HEAG, ein "Städtebaulicher Vertrag" geschlossen. Die HSE übernimmt nach diesem Vertrag die Bauleitplanung, d.h. die Planentwürfe und die Durchführung des Planverfahrens auf ihre Kosten. Die Gemeinde ihrerseits verpflichtet sich, vor Beginn des Bebauungs- und Umlegungsverfahrens mit den jeweiligen Eigentümern Vereinbarungen hinsichtlich der Einbringung der Grundstücke zu treffen. Es hängt jetzt von den Eigentümern dieses Geländes ab, ob das neue Baugebiet Wirklichkeit wird. Die Gemeinde selbst besitzt nur einen geringen Flächenanteil.

Pikanterweise wird für den Ankauf der Grundstücke die alte Baulandrichtlinie der SPD zugrunde gelegt und nicht die von der CDU durchgesetzte neue Richtlinie! Nach dieser "alten" SPD-Baulandrichtlinie wird ein Preis von 31 Euro pro qm für 65 % der eingebrachten Ackerfläche vergütet. 35 % erhalten die Einbringer zurück und müssen dafür ca. 60-65 Euro/qm als Erschließungsbeitrag bezahlen.

Die Vermarktung der Grundstücke erfolgt durch die HSE nach Fertigstellung der Baustraße an Ortsansässige und durch das Internet. Als voraussichtlicher Preis wurde ein Betrag von Euro 310- 350/qm genannt. Eine Sozialklausel sieht vor, dass Familien mit Kindern pro Kind einen Nachlass von 10 % erhalten, höchstens jedoch für 3 Kinder 30%.

Werner Richter

Neuer SPD-Vorsitzender

Wie immer sehr ruhig und besonnen verlief auch die diesjährige Jahreshauptversammlung der Messeler SPD am 19. März in der Bürgerstube. Wichtigste Neuerung dieses Jahr war die Wahl des/der 1. Vorsitzenden, da die bisherige „Frontfrau“ der Messeler SPD, Brigitte Kitzing, aus gesundheitlichen Gründen dieses Amt nicht wieder übernehmen konnte. Neuer Vorsitzender ist Werner Richter, allen Messelern wohlbekannt als langjähriger finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung. Die SPD wünscht ihm eine glückliche und erfolgreiche Hand und sagt gleichzeitig herzlichen Dank an die bisherige Vorsitzende Brigitte Kitzing.

SPD-Ausflug am 26.9.2009

Wir fahren um 14 Uhr vom Rathausplatz mit dem Bus zuerst zum Fürstenlager nach Auerbach und unternehmen dort eine kleine Wanderung. Danach geht's zum Weingut Götzinger in Bensheim/Zell zu einer deftigen Brotzeit mit Weinprobe.

Engeladen sind alle Mitglieder, Angehörige und Partner sowie alle Freunde der SPD. Näheres folgt noch rechtzeitig im Nachrichtenblatt.

Über eine rege Teilnahme würden wir uns freuen. Anmeldungen nimmt schon jetzt Werner Richter unter Tel. 5134 entgegen.

Das Super-Wahljahr 2009 geht weiter:

Im Jahr 2009 stehen noch folgende wichtigen Wahltermine an:

das Europa-Parlament am 7. Juni
der Bundestag am 27. September

Für Gehbehinderte bietet die Messeler SPD – wie immer an den Wahltagen – einen Fahrdienst an:

Rudi Keller, Tel. 5485, von 8 - 12 Uhr

Impressum

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Messel
Werner Richter, Spessartring 16,
64409 Messel, Tel. (0 61 59) 51 34
Internet: www.spd-messel.de

Redaktion:

Arbeitsgruppe Redaktion
Bruno Vock, Tel. (0 61 59) 3 13

Grafik, Gestaltung, Satz:

art e fakt - Martin Frank PR, Messel

Interessante Beiträge oder Leserbriefe sind der Redaktion jederzeit willkommen. Sie erreichen uns auch per e-mail: axel.roller@t-online.de